

Antrag 2023/I/Innen/1

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Ohnehin schon angespannte Einsätze nicht noch zusätzlich eskalieren – Taser-Pilotprojekt bei der Hamburger Polizei beenden!

1 Der Landesparteitag der SPD-Hamburg möge beschließen:

2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senator für Inneres werden aufgefordert, das 12-
3 monatige Pilotprojekt rund um das Mitführen von sogenannten Tasern im Streifendienst nach
4 Beendigung nicht auf den allgemeinen Streifendienst auszuweiten, sondern bei den besonders
5 geschulten Unterstützungstreifen für erschwerte Einsatzlagen und dem SEK zu belassen.

6 **Begründung**

7 Bisher war die Nutzung von Elektroschockwaffen ausschließlich dem SEK (und einer Schutz-
8 streife) vorbehalten. Seit kurzem läuft nun ein 12-monatiges Pilotprojekt, bei dem jeweils die
9 Unterstützungstreife für erschwerte Einsatzlagen (USE) mit den 50.000 Volt starken Elektro-
10 schockwaffen (Tasern) ausgestattet werden soll. Zur Einordnung: Ein normaler elektronischer
11 Weidezaun führt 15.000 Volt.

12 Bei der USE handelt es sich um eine 2021 eingerichtete Spezialeinheit, die in Einsatzlagen un-
13 terstützen soll, „*die aufgrund der polizeilichen Einsatzerfahrung oder durch ihren gegenwärtigen Verlauf eine erhöhte Gefährdung für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten oder Dritte erwarten lassen*“. Die Ausweitung auf eine weitere „Taser-Einheit“ - gepaart mit der Tatsache,
16 dass Taser immer häufiger im Einsatz auch tatsächlich angewendet werden – bedeutet das Fort-
17 schreiten eines Weges, auf dem wir schnellstmöglich wieder umkehren sollten.

18 Denn bei Tasern handelt es sich keinesfalls um ein nur kurzzeitig schmerzendes Mittel: Bei Vor-
19 erkrankungen wie Asthma oder Herzrhythmusstörungen, aber auch psychischen Erkrankungen
20 oder Drogenkonsum drohen schwerwiegende gesundheitliche Folgen und im Extremfall
21 auch der Tod der Betroffenen, wie uns kürzlich bei einem Einsatz der Polizei Dortmund gesche-
22 hen. Für die eingesetzten Beamt*innen sind weder physische noch psychische Erkrankungen
23 der Personen bei Nutzung der Elektroschockwaffen sichtbar, was bedeutet, dass mit jedem
24 Einsatz auch das Risiko mitschwingt, die Betroffene tödlich oder zumindest folgeschwer zu
25 verletzen.

26 Der eingeschlagene Weg ist daher falsch und sollte nicht fortgesetzt, sondern eingestellt wer-
27 den. Das ergibt sich nicht nur aus der Achtung vor Gesundheit und Leben der Betroffenen, son-
28 dern auch aus dem Selbstverständnis der SPD als einer Partei der Bürger*innenrechte.